

## Neue CDU-Anfragen

- Schulische Aufklärung über sexuelle Vielfalt [mehr](#)

## Weitere News

### Stasi-Aufarbeitung

### Immer noch ehemalige Stasi-Mitarbeiter in Staatsdienst

Noch immer sind mindestens 39 ehemalige Stasi-Mitarbeiter im höheren Dienst der Brandenburger Landesbehörden tätig. Davon 16 in den Polizeipräsidien, ein Stasi-Mitarbeiter in der Fachhochschule der Polizei und ein Mitarbeiter im höheren Dienst des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz. Dies geht aus einer parlamentarischen Anfrage des CDU-Abgeordneten Danny Eichelbaum hervor. In den Ministerien habe es keine einheitliche Überprüfungspraxis gegeben, räumte die Landesregierung jetzt ein. [mehr](#)

### Gesundheit

### Potsdamer Beratungsstelle vor Schließung bewahrt

Mit einem dramatischen Appell hat sich Prof. Dr. Christiane Ludwig-Körner, Leiterin der Beratungsstelle »Vom Säugling zum Kleinkind« im Familienzentrum Potsdam, in dieser Woche gemeinsam mit der Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Saskia Ludwig, an die Öffentlichkeit gewendet. Gelingt es nicht, weitere finanzielle Mittel aufzubringen, müsse die Beratungsstelle Ende dieses Jahres schließen, Mitarbeiter seien bereits entlassen, sagte Ludwig-Körner. Die Stadtverwaltung Potsdam hatte ihr eine Absage zur Unterstützung erteilt. Dr. Saskia Ludwig und der Potsdamer CDU-Landtagsabgeordnete Steeven Bretz hatten sich für den Fortbestand der Beratungsstelle eingesetzt und in einer Pressekonferenz auf die Problematik hingewiesen. Mit Erfolg! Denn die Stadt Potsdam will nun doch 58.000 Euro für Personal- und Sachkosten in das Haushaltsjahr 2012 einstellen. Die Beratungsstelle kann damit weiter bestehen!



„Wir brauchen Ihre Hilfe“, Leiterin Prof. Dr. Christiane Ludwig-Körner (l.) bat die CDU-Landtagsfraktion um Unterstützung. Hier im Gespräch mit der Vorsitzenden Dr. Saskia Ludwig.

## FOTO DER WOCHE

### CDU-Abgeordnete kämpfen für Bürger!

Absurd: Obwohl die Regionalbahn 12 im Bahnhof Vogelsang (Uckermark) hält, dürfen die Fahrgäste während des gut fünfminütigen Stopps weder ein- noch aussteigen. Um die kuriose Situation zu demonstrieren war der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Rainer Genilke, zu seinem Uckermärker Abgeordnetenkollegen Henryk Wichmann gereist. Auch Genilke durfte nicht aussteigen. Die Begrüßung zwischen den beiden erfolgte durch ein angekipptes Zugfenster. Doch kämpfen lohnt sich! Nachdem die beiden Abgeordneten Gespräche mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB), der Deutschen Bahn und dem Landesverkehrsminister Jörg Vogelsänger (SPD) geführt hatten, lenkte die Bahn nun ein. In den nächsten Tagen sollen die Züge wieder stündlich in Vogelsang halten, das Ein- und Aussteigen möglich sein. Die Bürger danken es ihnen.

[Presseartikel dazu lesen](#)



Gefangen im Zug: Im Bahnhof Vogelsang hält die Regionalbahn zwar für rund 5 Minuten, Fahrgäste dürfen aber weder zu- noch aussteigen. Die beiden CDU-Abgeordneten Rainer Genilke (im Zug) und Henryk Wichmann konnten sich nur durchs Zugfenster begrüßen. Foto: Mit freundlicher Genehmigung von Danilo Hafer.

### 1,4 Millionen Euro für nichts ausgegeben?

Das Land Brandenburg hat im Rahmen des Konjunkturpaketes II des Bundes 3,3 Mio. Euro für die Breitbandversorgung zur Verfügung gestellt. Davon hat die Staatskanzlei nach eigenen Angaben 1,4 Mio. Euro für ein Funkprojekt freihändig vergeben. Über die Nutzung von VHF-Frequenzen sollten die Brandenburger flächendeckend mit Internet versorgt werden.

Nach zahlreichen Nachfragen und einem Antrag der CDU-Fraktion wurde nun bekannt, dass dieses Projekt nicht weiter verfolgt wird. Unklar bleibt, was mit den 1,4 Millionen Euro passiert ist, die eigentlich zum Ausbau der Breitbandversorgung gedacht waren.

Unter Experten war die Umsetzung des VHF-Projektes von Beginn an fragwürdig, denn die dafür benötigten Frequenzen stehen im Land überhaupt nicht flächendeckend zur Verfügung. „Hier wurden Bundesmittel vom Land ohne wettbewerbliche Vergabe an ein Unternehmen vergeben, ohne dass eine technische und rechtliche Chance auf Umsetzung der Maßnahme bestand. Die Staatskanzlei unter Staatskanzleichef Albrecht Gerber und Ministerpräsident Platzeck scheuen sich, auf meine Fragen klare Antworten zu geben“, sagte der CDU-Fraktionssprecher für Verkehr und Infrastruktur Rainer Genilke empört. Auch der Landesrechnungshof hat in seinem diesjährigen Bericht bereits auf Unregelmäßigkeiten beim VHF-Projekt hingewiesen. Nicht zuletzt droht dem Land die vollständige Rückzahlung der Konjunkturpaketmittel für die Breitbandförderung an den Bund.